



## Der DBB NRW gegen Extremismus

Rund 32.000 Menschen schätzt der Verfassungsschutz in Deutschland als rechtsextrem ein. Das macht etwa 0,046 Prozent der erwachsenen Bevölkerung in Deutschland aus. Das klingt auf den ersten Blick nach einer kleinen Zahl, doch in Anbetracht der Ernsthaftigkeit der Thematik und der deutschen Geschichte ist jede/r einzelne Rechtsextreme eine/r zu viel.

Die jüngsten Vorfälle bei der Polizei, die kürzlich vom Ministerium des Innern bekanntgemacht wurden, machen jedoch deutlich, dass eine rechte Gesinnung vor keiner Berufsgruppe Halt macht. Denn es muss klar sein, dass die Polizei, wie auch jede andere Berufsgruppe im Öffentlichen Dienst einen Querschnitt der Gesellschaft darstellt. Gerade Beamtinnen und Beamte haben eine besondere Verantwortung, da sie Vertreterinnen und Vertreter des Staates sind und bei Dienstantritt einen Eid auf die Verfassung leisten.

Aus diesem Grund ist es wichtig, extremistisches Gedankengut und erst recht solche Strukturen möglichst frühzeitig zu erkennen und entsprechend gegenzusteuern.

Der Vorstand des DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion Nordrhein-Westfalen distanziert sich klar von extremistischem Gedankengut sowie von jeder rechten Gesinnung. Er hat aus diesem Grund beschlossen, sich bei Politik und Regierung für eine Rahmenvereinbarung stark zu machen. Diese soll möglichst schnell in Zusammenarbeit von Ministerien und Politik, unter Mitwirkung der Gewerkschaften erarbeitet werden.

Wichtige Inhalte sollen sein:

- Erstellung eines Lageberichts zur Erfassung der Situation im gesamten Öffentlichen Dienst,
- Erarbeitung eines Rahmenkonzepts zur Extremismus-Prävention und -Bekämpfung,
- Einsetzung von Extremismus-Beauftragten in jedem Ressort und in jeder Gebietskörperschaft sowie Schaffung der Möglichkeit der Anzeigenaufnahme von Verdachtsfällen in einem geschützten Umfeld,
- Erarbeitung von Controlling-Maßnahmen.